

56. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Fälle, in denen irakisch-kurdische KDP-Peshmerga seit Dezember 2014 gelieferte Bundeswehr-Ausrüstung entgegen den Endverbleibs-Auflagen anders als zu Angriffen auf IS verwendeten – wie etwa am 2./3. März 2017 bei ihrem filmisch sowie akustisch belegten [<http://bit.ly/2oMU5P5>] Angriff auf friedliche Jesiden im Ort Khanasor mit so gelieferten Dingo-Panzerwagen, MGs und G36-Gewehren [<http://bit.ly/2qj5ZSb>], ggf. unter den Augen ihrer Bundeswehr-Ausbilder –, und wie hat die Bundesregierung – im Sinne ihrer Antwort vom 5. Mai 2017 auf meine Schriftliche Frage 4/178 – im einzelnen diese Vorfälle „ernst nehmend“ nach „eigener Untersuchung“ die kurdische Regionalregierung zu unbedingter Unterlassung solchen Missbrauchs aufgefordert, etwa durch den Bundesminister des Auswärtigen Sigmar Gabriel bei seinem dortigen Besuch am 20. April 2017?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Ralf Brauksiepe
vom 15. Mai 2017**

Die seitens der Bundesregierung gelieferten Waffen sind an sog. Endverbleibserklärungen gebunden. Mit deren Unterzeichnung verpflichtet sich die kurdische Regionalregierung, die Waffen ausschließlich im Kampf gegen den IS anzuwenden. Diese Verpflichtung ist Grundlage für die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Irak im Kampf gegen die Terrororganisation IS. Die kurdische Regionalregierung ist sich dessen bewusst. Bezüglich eines konkreten Verstoßes gegen die Endverbleibsaufgaben liegen keine Erkenntnisse vor.

Hinsichtlich des Umgangs mit konkreten Hinweisen auf den Missbrauch oder die Nichteinhaltung der Verpflichtung über den Endverbleib sowie der Kontaktaufnahme mit der kurdischen Regionalregierung wird auf die Bundestagsdrucksachen 18/12170 (vgl. Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 2 und 6) und 18/11885 (vgl. Antwort zu Frage 6) verwiesen.

Die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu Inhalten vertraulicher Gespräche der Mitglieder des Bundeskabinetts mit Vertretern ausländischer Regierungen.